

MITTEILUNG DER KOMMISSION

Änderung des Verhaltenskodexes für die Durchführung von Beihilfeverfahren ENTWURF

1. EINLEITUNG

1. Die Europäische Union ist Vertragspartei des Übereinkommens der VN-Wirtschaftskommission für Europa (UNECE) über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten (im Folgenden: „Übereinkommen“). In Bezug auf die Organe der Union wird das Übereinkommen von der Union durch die Verordnung (EG) Nr. 1367/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates¹ (im Folgenden „Verordnung Nr. 1367/2006“) umgesetzt.
2. Kommissionsbeschlüsse über staatliche Beihilfen sind vom Anwendungsbereich der Verordnung Nr. 1367/2006 ausgenommen. In der Sache ACCC/C/2015/128 stellte der Ausschuss zur Überwachung der Einhaltung des Übereinkommens von Aarhus fest, dass die Union gegen das Übereinkommen verstoßen habe, indem sie es versäumt habe, Mitgliedern der Öffentlichkeit Zugang zu Verwaltungs- oder Gerichtsverfahren zu gewähren, um nach Artikel 108 Absatz 2 AEUV erlassene Beihilfebeschlüsse der Kommission, die möglicherweise gegen das Umweltrecht der Union² verstoßen, anzufechten.
3. Gemäß der Verordnung [xx]³ der Kommission muss die Union in Anbetracht dieser Feststellungen einen Mechanismus der internen Überprüfung einrichten. Dieser Mechanismus wird auf abschließende Beihilfebeschlüsse der Kommission nach Artikel 9 Absätze 3 und 4 der Verordnung (EU) 2015/1589⁴ des Rates, mit denen ein nach Artikel 108 Absatz 2 AEUV eingeleitetes förmliches Prüfverfahren zum Abschluss gebracht wird, anwendbar sein, sofern deren Rechtsgrundlage Artikel 107 Absatz 3 Buchstaben a, c, d oder e AEUV oder der erste Teil von Buchstabe b (Beihilfen zur Förderung wichtiger Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse) ist. Gemäß der Verordnung [xx] der Kommission wird der anmeldende Mitgliedstaat aufgefordert zu bestätigen, dass weder die geförderte Tätigkeit noch

¹ Verordnung (EG) Nr. 1367/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. September 2006 über die Anwendung der Bestimmungen des Übereinkommens von Aarhus über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten auf Organe und Einrichtungen der Gemeinschaft (ABl. L 264 vom 25.9.2006, S. 13, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2006/1367/oj>).

² Siehe: https://unece.org/env/pp/cc/accc.c.2015.128_european-union.

³ Verordnung [xx] der Kommission zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 794/2004 der Kommission vom 21. April 2004 zur Durchführung der Verordnung (EU) 2015/1589 des Rates über besondere Vorschriften für die Anwendung von Artikel 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union.

⁴ Verordnung (EU) 2015/1589 des Rates vom 13. Juli 2015 über besondere Vorschriften für die Anwendung von Artikel 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. L 248 vom 24.9.2015, S. 9, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2015/1589/oj>).

Modalitäten der angemeldeten staatlichen Beihilfemaßnahme, die untrennbar mit dem Zweck der Beihilfe verknüpft sind, gegen das Umweltrecht der Union verstoßen.⁵

4. Mit dieser Mitteilung wird der Verhaltenskodex für die Durchführung von Beihilfeverfahren (im Folgenden „Verhaltenskodex“) geändert. Der Kodex regelt das interne Überprüfungsverfahren und bestimmt den Kreis der Antragsberechtigten, die Voraussetzungen für einen Antrag auf interne Überprüfung (im Folgenden: „Antrag“), den Anwendungsbereich des Antrags und die geltenden Fristen.
5. Darüber hinaus verfügt die Kommission inzwischen über mehr Erfahrung mit der Voranmeldephase (Abschnitt 3 des Verhaltenskodexes) und hat festgestellt, dass die Vorabkontakte mit den Mitgliedstaaten tendenziell länger dauern, insbesondere in komplexen Fällen. Die Voranmeldephase sollte dementsprechend von sechs auf zwölf Monate verlängert werden.
6. Schließlich räumt die Kommission ein, dass das in Abschnitt 6 des Verhaltenskodexes niedergelegte gestraffte Verfahren in unkomplizierten Fällen von der Kommission nie angewandt wurde. Das gestraffte Verfahren sollte daher abgeschafft werden.

2. ÄNDERUNGEN DES VERHALTENSKODEXES:

7. Nach dem bisherigen Abschnitt 11 („Monitoring“) wird ein neuer **Abschnitt 11** mit folgendem Wortlaut eingefügt:

„11. Mechanismus der interner Überprüfung entsprechend den Feststellungen des Ausschusses zur Überwachung der Einhaltung des Übereinkommens von Aarhus in der Sache ACCC/C/2015/128

78. Entsprechend den Feststellungen des Ausschusses zur Überwachung der Einhaltung des Übereinkommens von Aarhus in der Sache ACCC/C/2015/128 wird die Kommission Anträge auf interne Überprüfung, die von Antragsberechtigten eingereicht werden, anhand des nachstehend beschriebenen Mechanismus bearbeiten.

11.1 Antragsberechtigte

79. Jede Nichtregierungsorganisation, die die nachstehenden Kriterien erfüllt, kann bei der Kommission eine interne Überprüfung der in Abschnitt 11.4 aufgeführten Beihilfebeschlüsse beantragen, wenn die geförderte Tätigkeit und/oder eine untrennbar mit dem Zweck der Beihilfe verknüpfte Modalität der mit diesem Beschluss genehmigten staatlichen Beihilfe⁶ gegen eine oder mehrere spezifische Vorschriften des Umweltrechts der Union im Sinne des Artikels 2 Absatz 1 Buchstabe f der Verordnung Nr. 1367/2006 verstößt.

⁵ Siehe z. B. Urteil des Gerichtshofs vom 22. März 1977, Iannelli & Volpi, 74/76, ECLI:EU:C:1977:51, Rn. 14: „Modalitäten einer Beihilfe, die einen etwaigen Verstoß gegen ... besondere Vertragsbestimmungen ... enthalten, können derart untrennbar mit dem Zweck der Beihilfe verknüpft sein, dass sie nicht für sich allein beurteilt werden können; die Prüfung ihrer Auswirkung auf die Vereinbarkeit oder Nichtvereinbarkeit der Beihilfe insgesamt hat in einem solchen Fall zwangsläufig nach dem Verfahren des Artikels 93 zu erfolgen.“

⁶ Siehe z. B. oben Urteil des Gerichtshofs vom 22. März 1977, Iannelli & Volpi, 74/76, ECLI:EU:C:1977:51, Rn. 14.

80. Eine Nichtregierungsorganisation ist berechtigt, eine interne Überprüfung gemäß Randnummer 79 zu beantragen, sofern

- a) es sich um eine unabhängige juristische Person ohne Erwerbscharakter gemäß den innerstaatlichen Rechtsvorschriften oder Gepflogenheiten eines Mitgliedstaates handelt,
- b) ihr vorrangiges erklärtes Ziel darin besteht, den Umweltschutz im Rahmen des Umweltrechts zu fördern,
- c) sie seit mehr als zwei Jahren besteht und ihr Ziel im Sinne des Buchstabens b aktiv verfolgt,
- d) der Gegenstand, für den eine interne Überprüfung beantragt wurde, unter ihr Ziel und ihre Tätigkeiten fällt.

11.2 Zur Feststellung der Antragsberechtigung vorzulegende Nachweise

81. Jede Nichtregierungsorganisation, die einen Antrag auf interne Überprüfung eines Beihilfebeschlusses gemäß Randnummer 79 stellt, weist anhand der nachstehend genannten Unterlagen nach, dass sie die unter Randnummer 80 dargelegten Kriterien erfüllt:

- a) Geschäftsordnung oder Satzung der Nichtregierungsorganisation oder – im Falle von Mitgliedstaaten, in denen das innerstaatliche Recht nicht vorschreibt oder vorsieht, dass eine Nichtregierungsorganisation über eine Geschäftsordnung oder Satzung verfügt, – andere Unterlagen, die in der nationalen Praxis einer Geschäftsordnung oder einer Satzung entsprechen,
- b) die beiden letzten Jahresberichte der Nichtregierungsorganisation,
- c) im Falle von Nichtregierungsorganisationen, die in Ländern ansässig sind, in denen die behördliche Registrierung eine Voraussetzung für die Erlangung der Rechtspersönlichkeit ist, eine Kopie der amtlichen Eintragung,
- d) unbeschadet der Pflicht zur Vorlage der unter den Buchstaben a bis c genannten Unterlagen gegebenenfalls Informationen und Unterlagen darüber, dass die Nichtregierungsorganisation bereits von der Kommission als berechtigt anerkannt wurde, gemäß Randnummer 79 einen Antrag auf interne Überprüfung zu stellen, sowie eine Erklärung der Nichtregierungsorganisation, dass die Berechtigungskriterien weiterhin erfüllt sind,
- e) andere gleichwertige Unterlagen, sofern aus von der Nichtregierungsorganisation nicht zu vertretenden Gründen nicht alle oben genannten Unterlagen vorgelegt werden können,
- f) sofern dies aus den Unterlagen nicht eindeutig hervorgeht, andere Unterlagen zum Nachweis dafür, dass das vorrangige erklärte Ziel der Nichtregierungsorganisation darin besteht, den Umweltschutz im Rahmen des Umweltrechts zu fördern, dass sie seit mehr als zwei Jahren besteht und dieses Ziel aktiv verfolgt sowie dass der Gegenstand des Antrags auf interne Überprüfung unter ihre Ziele und Tätigkeiten fällt.

11.3 Vertretung durch eine Nichtregierungsorganisation oder einen Anwalt

82. Werden Nichtregierungsorganisationen durch eine Nichtregierungsorganisation vertreten, so findet Randnummer 81 Anwendung.

83. Wird eine Nichtregierungsorganisation durch einen Anwalt vertreten, so sind dem Antrag Unterlagen und Daten beizufügen, aus denen hervorgeht, dass der Anwalt befugt ist, vor einem Gericht eines Mitgliedstaats aufzutreten. Diese Unterlagen können eine von einer Anwaltskammer in einem Mitgliedstaat ausgestellte Bescheinigung oder ein anderes Dokument umfassen, das gemäß den innerstaatlichen Vorschriften als entsprechende Bescheinigung gilt. Der Anwalt hat ferner eine Vollmacht vorzulegen, aus der hervorgeht, dass er berechtigt ist, seinen Mandanten zu vertreten.

11.4 Beihilfebeschlüsse, für die eine interne Überprüfung beantragt werden kann

84. Antragsberechtigte Nichtregierungsorganisationen können eine interne Überprüfung der abschließenden Beihilfebeschlüsse der Kommission nach Artikel 9 Absätze 3 und 4 der Verordnung (EU) 2015/1589 des Rates, mit denen ein nach Artikel 108 Absatz 2 AEUV eingeleitetes förmliches Prüfverfahren zum Abschluss gebracht wird, beantragen, falls dieser Beschluss auf einer der folgenden Rechtsgrundlagen fußt:

- i) Artikel 107 Absatz 3 Buchstabe a AEUV,
- ii) Artikel 107 Absatz 3 Buchstabe b erster Teil AEUV,
- iii) Artikel 107 Absatz 3 Buchstabe c AEUV,
- iv) Artikel 107 Absatz 3 Buchstabe d AEUV,
- v) Artikel 107 Absatz 3 Buchstabe e AEUV.

11.5 Inhalt der Anträge auf interne Überprüfung

85. Der Antrag auf interne Überprüfung eines Kommissionsbeschlusses gemäß Randnummer 79 ist schriftlich unter Verwendung des Formulars in Anhang III der Verordnung [xx] zu stellen und muss folgende Angaben enthalten:

- a) den abschließenden Beihilfebeschluss der Kommission, der überprüft werden soll,
- b) die spezifischen Bestimmungen des Umweltrechts der Union, die durch die geförderte Tätigkeit oder Modalitäten der angemeldeten staatlichen Beihilfemaßnahme, die untrennbar mit dem Zweck der Beihilfe verknüpft sind, verletzt worden sein sollen,
- c) die Gründe für den Antrag,
- d) relevante strukturierte Informationen und Unterlagen sowie Fakten und rechtliche Argumente zur Untermauerung der einzelnen Antragsgründe,
- e) Name und Kontaktdaten der Person, die befugt ist, den Antragsteller gegenüber Dritten zum Zweck der internen Überprüfung zu vertreten,
- f) den Nachweis, dass der Antragsteller im Einklang mit den unter den Randnummern 79 bis 81 genannten Kriterien und Voraussetzungen berechtigt ist, den Antrag zu stellen.

86. Der Antrag auf interne Überprüfung (ohne die Unterlagen, aus denen hervorgeht, dass die unter Randnummer 80 genannten Berechtigungskriterien erfüllt sind, und andere Anlagen zur Untermauerung des Antrags) sollte höchstens zehn Seiten lang sein.

87. Die Anlagen müssen nummeriert sein und klare Überschriften tragen. Im Antrag auf interne Überprüfung muss auf diese Anlagen verwiesen werden, um die von der Nichtregierungsorganisation vorgebrachten sachlichen und rechtlichen Argumente zu belegen.

88. Wird ein Antrag von mehreren Nichtregierungsorganisationen gemeinsam gestellt, ist für die Zwecke von Randnummer 85 Buchstabe e ein zentraler Ansprechpartner zu benennen.

89. Um die interne Überprüfung zu beschleunigen, empfiehlt die Kommission der Nichtregierungsorganisation nachdrücklich, auf eine Übersetzung zu verzichten. Dazu ist die nachstehende Verzichtserklärung von ihr zu datieren und zu unterzeichnen:

„Im Namen der Nichtregierungsorganisation, die den Antrag betreffend [Nummer und Bezeichnung des Beihilfebeschlusses angeben] stellt, verzichtet der Unterzeichnete ausnahmsweise auf die Rechte nach Artikel 342 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) in Verbindung mit Artikel 3 der Verordnung Nr. 1/1958 des Rates und stimmt der ausschließlich in englischer Sprache erfolgenden Annahme und Bekanntgabe der Antwort der Kommission nach Artikel 297 AEUV zu.“

11.6 Prüfung durch die Kommission

90. Die Kommission prüft Anträge, die von Antragsberechtigten unter Verwendung des unter Randnummer 85 genannten Formulars eingereicht werden, sofern sie nicht offensichtlich unbegründet oder offensichtlich unsubstanziert sind.

91. Werden für einen Beihilfebeschluss mehrere Anträge auf interne Überprüfung gestellt, so kann die Kommission beschließen, die Anträge zusammenzufassen und als einen einzigen Antrag zu behandeln.

92. Die Kommission prüft, ob die von der Nichtregierungsorganisation vorgelegten Nachweise zeigen, dass die geförderte Tätigkeit oder eine Modalität der angemeldeten staatlichen Beihilfemaßnahme, die untrennbar mit dem Zweck der Beihilfe verknüpft ist, gegen eine oder mehrere spezifische Bestimmungen des Umweltrechts der Union verstößt.

93. Kann die Kommission auf der Grundlage der gemäß den Randnummern 79 bis 81 übermittelten Informationen nicht abschließend beurteilen, ob die Kriterien oder Voraussetzungen erfüllt sind, fordert sie den Antragsteller auf, zusätzliche Unterlagen oder Informationen sowie gegebenenfalls eine nichtvertrauliche Fassung davon vorzulegen. Der Antragsteller antwortet innerhalb einer von der Kommission festzulegenden angemessenen Frist, die 30 Tage nicht überschreiten darf. Während dieses Zeitraums werden die unter Randnummer 107 und 108 festgelegten Fristen ausgesetzt.

94. Die Kommission wird den Antrag auf interne Überprüfung an den Mitgliedstaat weiterleiten, dessen Maßnahme durch den zu prüfenden Beihilfebeschluss genehmigt

wurde, damit dieser eine Stellungnahme, gegebenenfalls unter Beifügung einer nichtvertraulichen Fassung, abgeben kann. Während dieses Konsultationszeitraums, der 30 Tage nicht überschreiten darf, werden die unter Randnummer 107 und 108 festgelegten Fristen ausgesetzt.

95. Gegebenenfalls kann die Kommission die zuständigen Behörden in dem jeweiligen Mitgliedstaat der Union konsultieren, um die von der betreffenden Nichtregierungsorganisation oder dem betreffenden Anwalt vorgelegten Informationen zu den unter Randnummer 80 genannten Berechtigungskriterien zu überprüfen und zu bewerten. Die konsultierten Behörden legen gegebenenfalls eine nichtvertrauliche Fassung ihrer Stellungnahme vor. Während dieses Konsultationszeitraums, der 30 Tage nicht überschreiten darf, werden die unter Randnummer 107 und 108 festgelegten Fristen ausgesetzt.

11.7 Fristen

96. Der Antrag auf interne Überprüfung ist von der Nichtregierungsorganisation innerhalb von höchstens acht Wochen nach Veröffentlichung des Beihilfebeschlusses der Kommission zu stellen.

97. Die Kommission legt ihre Gründe zum frühestmöglichen Zeitpunkt, spätestens jedoch 16 Wochen nach Ablauf der unter Randnummer 96 festgelegten achtwöchigen Frist, in einer Antwort dar.

98. Ist die Kommission trotz angemessener Bemühungen nicht in der Lage, die unter Randnummer 97 genannte Frist einzuhalten, informiert sie den Antragsteller so rasch wie möglich, spätestens jedoch innerhalb der im vorstehenden Absatz genannten Frist, über den Zeitpunkt, zu dem sie zu handeln beabsichtigt. Die Kommission handelt in jedem Fall innerhalb von 22 Wochen nach Ablauf der unter Randnummer 96 festgelegten Achtwochenfrist.

11.8 Verfahren vor dem Gerichtshof

99. Die Nichtregierungsorganisation, die den Antrag auf interne Überprüfung nach Randnummer 79 gestellt hat, kann im Einklang mit dem AEUV Klage vor dem Gerichtshof erheben.

11.9 Elektronische Einreichung von Anträgen auf interne Überprüfung

100. Gemäß Randnummer 79 vorgelegte Anträge auf interne Überprüfung eines Beihilfebeschlusses sind über das dafür vorgesehene Online-System zu stellen, das auf der Website der Kommission öffentlich zugänglich ist.

11.10 Veröffentlichung und Online-Systeme für die Entgegennahme von Anträgen

101. Die Kommission veröffentlicht alle Anträge so bald wie möglich nach deren Eingang und ihre Antworten so bald wie möglich nach deren Annahme auf einer spezifischen Website.“

8. In **Abschnitt 3** („Vor Anmeldung“) wird Randnummer 16 des Verhaltenskodexes wie folgt geändert:

„Der zeitliche Ablauf und die Form der Vorabkontakte hängen stark von der Komplexität des jeweiligen Falls ab. Vorabkontakte können sich über mehrere Monate erstrecken, sollten aber grundsätzlich nicht länger als 12 Monate dauern.“

9. **Abschnitt 6 des Verhaltenskodexes** („Gestraftes Verfahren in unkomplizierten Fällen“) wird gestrichen.

10. **Anwendbarkeit**

9.1 Die Kommission wendet die Änderungen der Abschnitte 3 („Voranmeldung“) und 6 („Gestraftes Verfahren in unkomplizierten Fällen“) nach der Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* an.

9.2 Die Kommission wendet den neuen Abschnitt 11 („Mechanismus der internen Überprüfung entsprechend den Feststellungen des Ausschusses zur Überwachung der Einhaltung des Übereinkommens von Aarhus in der Sache ACCC/C/2015/128“) auf abschließende Kommissionsbeschlüsse gemäß dem neuen Abschnitt 11.4 an. Diese Beschlüsse stützen sich auf Anmeldungen, in denen die Mitgliedstaaten gemäß der Verordnung [xx] bestätigt haben, dass weder die geförderte Tätigkeit noch Modalitäten der angemeldeten staatlichen Beihilfemaßnahme, die untrennbar mit dem Zweck der Beihilfe verknüpft sind, gegen das Umweltrecht der Union verstoßen.

9.3 Wurde der Beschluss zur Einleitung des Verfahrens nach Artikel 108 Absatz 2 AEUV in Bezug auf eine nicht angemeldete Beihilfe nach der Veröffentlichung der Verordnung [xx] im *Amtsblatt der Europäischen Union* erlassen, wendet die Kommission auf unter den neuen Abschnitt 11.4 fallende Beschlüsse der Kommission zum Abschluss des förmlichen Prüfverfahrens den neuen Abschnitt 11 an.

11. **Umnummerierung**

Aufgrund der vorstehenden Änderungen erhalten die derzeitigen Abschnitte 7 („Förmliches Prüfverfahren“), 8 („Untersuchungen einzelner Wirtschaftszweige und Beihilfeinstrumente“), 9 („Förmliche Beschwerden“), 10 („Evaluierungspläne“) und 11 („Monitoring“) die Nummern 6, 7, 8, 9 bzw. 10.